

Titel: Demokratie ist der Weg, Volksgemeinschaft das Ziel.

Utl.: Die FPÖ und neofaschistische Realpolitik

Spielfeld, November 2015: Während Hilfsorganisationen und Freiwillige Tausende geflüchtete Männer, Frauen und Kinder im Aufnahmezentrum mit dem Nötigsten versorgen, trifft sich im Lokal des Bikers und Gastronomen Werner Legat die rechtsextreme Szene. Legat selbst posiert mit Nazi-Symbolen und Kühnengruß und prahlt per Video damit, dass er Geflüchtete mit der Waffe bedrohte. An einem Tisch sitzen Politiker, aber auch zwei Aktivisten der „Identitären“, die seit Wochen bei den Demonstrationen vor Ort mit neonazistischen Gruppen zusammenarbeiten. Am Rande des Treffens lassen sich die Politiker mit Legat ablichten, den sie über Facebook als „Legende aus der Südsteiermark“ bejubeln.

Diese Politiker sind Funktionäre der FPÖ, darunter der Bundesvorsitzende Heinz-Christian Strache, jener Partei, die gute Chancen hat, die nächsten Wahlen zum Nationalrat zu gewinnen, und deren Kandidat die Wahl zum Bundespräsidenten erschreckend knapp verloren hat. Fast 50% der Wähler*innen gab ihm auch bei der Wahlwiederholung die Stimme.

Noch nie standen die neofaschistischen Kräfte unter der Führung der FPÖ in Österreich so knapp dafür, in einem demokratisch formal einwandfreien Prozess die Staats- und Regierungsgewalt zu übernehmen. In ihren Reihen marschiert die parlamentarische und außerparlamentarische extreme Rechte, einschließlich ihrer neonazistischen Fraktion.

Von rechtsextrem zu neonazistisch oder: von Haider zu Strache

Schon die Vorläuferorganisation der FPÖ, der „Verband der Unabhängigen“, der sich von Anfang an als Fürsprecher der ehemaligen Nationalsozialist*innen verstand, vereinte unter nationalistischen Vorzeichen einen rechtsextremen und einen marginalisierten liberalen Flügel. Im Laufe der Entwicklung der FPÖ, die in den 50er Jahren als Kleinpartei agierte, blieb das heterogene Spektrum erhalten: der deutschnationale Kern um die Burschenschaften, Verbindungsleute zum fundamentalistisch-katholischen Spektrum, Emporkömmlinge aus dem Neonazismus bzw. ehemalige aktive Nationalsozialist*innen und eine bürgerlich-liberale Fraktion. Diese liberalen Kräfte vermochten in den 70er Jahren, und insbesondere unter der Obmannschaft von Norbert Steger in den 80er Jahren, der 1983 die FPÖ in eine Koalition mit der SPÖ führte, ihren Einfluss kurzfristig auszubauen. Doch an den Mehrheitsverhältnissen und an der ideologisch-programmatischen Ausrichtung innerhalb der Gesamtpartei änderte die von oben verordnete Imagekorrektur nichts. Das zeigte sich 1986, als in einem putschartigen, innerhalb der deutschnationalen Kräfte gründlich vorbereiteten Szenario, Steger als Obmann abgewählt und durch Jörg Haider ersetzt wurde. Haider, der im Verbindungsmilieu und einem ehemals nationalsozialistischen Elternhaus sozialisiert worden war, übernahm die FPÖ als Kandidat der Burschenschaften und Hoffnungsträger des rechtsextremen Lagers.

Er erfüllte ihre Erwartungen fürs Erste voll und ganz: Systematisch betrieb Haider mit antisemitischen Angriffen Politik und setzte rassistische Hetze durchgehend als Mobilisierungsinstrument ein. Er forderte 1995 das Abgehen von der europäischen Menschenrechtskonvention und zog 1999 mit dem NS-Begriff der „Überfremdung“ in den Wahlkampf. Mit ihm wurde die Agitation gegen Migrant*innen zum zentralen politischen

Thema der FPÖ. Während er die Partei selbst als Führer mit Absolutheitsanspruch regierte, inszenierte er sich in der Öffentlichkeit als Rebell gegen „die da oben“ und bot sich als Sprachrohr der politisch indifferenten, durch Rassismen gewinnbaren Protestwähler*innen an.

1993 verließen die letzten Liberalen die FPÖ und ließen die Freiheitlichen als eine hegemonial rechtsextreme Akteurin zurück, die jedoch kontinuierlich in der Wähler*innengunst stieg.

Ende der 90er Jahre setzte Haider eine Modernisierung durch und ließ in einem neuen Parteiprogramm typisch deutschnationale Termini streichen und durch Argumentationen der sog. „Neuen Rechten“ ersetzen - was die deutschnationale Fraktion zähneknirschend hinnahm. 1999 landete die FPÖ mit 27% der Stimmen bei den Nationalratswahlen auf dem zweiten Platz und trat 2000 in eine Koalition mit der ÖVP ein.

Das Jahr 2000 firmierte damit als ein wichtiger Schritt und Tabubruch in der Geschichte der extremen Rechten in Europa. Nicht ohne Grund war FPÖ-Ideologe Andreas Mölzer überzeugt, dass seit der Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen „immer häufiger quer durch Europa zuvor als rechtsextrem diffamierte Gruppierungen als koalitions- und bündnisfähig erachtet werden“.

Doch die Partei selbst war durch die Regierungsbeteiligung überfordert, oder genauer formuliert: durch den Schwenk von nationalistischer Oppositionspolitik zu einem - lediglich durch ein paar rassistische „Leckerli“ schmackhaft gemachten - pragmatischen Regierungskurs, den Haider durchsetzte, zu dem die rechtsextreme Mehrheit in der Partei aber weder willens noch fähig war. Persönlichen Rivalitäten und Flügelkämpfe brachen offen aus, und nach der Niederlage bei den Wahlen 2003 spaltete sich 2005 das BZÖ unter Haider ab.

In diesem Jahr übernahm Heinz-Christian Strache als Bundesparteiobmann die Führung der FPÖ. Während Haider im Milieu der deutschnationalen Verbindungen groß geworden war, hatte Strache seine politische Sozialisation in der militanten, paramilitärisch organisierten Neonazi-Szene erfahren, der er seit 1987 angehörte. Er nahm gemeinsam mit bekannten österreichischen Neonazis an Wehrsportübungen teil und marschierte bei der 1994 in Deutschland verbotenen „Wiking-Jugend“ mit. Geprägt wurde sein Weltbild im Haus der Nazi-Größe Norbert Burger, in dem Strache genauso wie die Elite des Neonazismus ein- und ausging. Noch 1990 wurde Strache die Aufnahme in den „Ring Freiheitlicher Jugend“ verweigert, weil er zu weit rechts stand – was angesichts der damaligen Verfasstheit der FPÖ eine bemerkenswerte Leistung war.

Ein Wehrsportler als Bundeskanzler?

Strache fand eine radikalisierte, bereits auf rechtsextremen Kurs gebrachte FPÖ vor – und eine österreichische Gesellschaft, die sich dank der ÖVP unter Wolfgang Schüssel an die Zusammenarbeit mit Exponent*innen des Rassismus gewöhnt hatte.

Strache machte Haiders zaghafte Modernisierungen wieder rückgängig und förderte die Annäherung der Partei hin zur neonazistischen Szene.

Die FPÖ integrierte neonazistische Aktivist*innen, sandte regelmäßig inhaltliche Signale an die Neonazi-Szene aus und beteiligte sich aktiv an rechtsextremen und neonazistischen Veranstaltungen.

Norbert Hofer, jener Politiker, der als Bundespräsident einer neofaschistischen Machtübernahme unter Bundeskanzler Strache den Weg bereiten sollte, ist kein Rechtspopulist, sondern ein ideologisch gefestigter rechtsextremer Politiker, der auch für die außerparlamentarische und neonazistische Rechte als Integrationsfigur taugt. Hofer gestaltete 2011 federführend das momentan gültige Parteiprogramm der FPÖ mit und war maßgeblich dafür verantwortlich, dass jene deutschnationalen Passagen sich dort wiederfanden, die Haider aus dem Programm hatte nehmen lassen, um die FPÖ koalitionsfähiger zu machen. 2013 war Hofer Herausgeber des Buches „Für ein freies Österreich. Souveränität als Zukunftsmodell“, das rechtsextreme Inhalte in aggressiver, an die Sprache von Neonazis erinnernder Diktion vermittelt, und Mitverfasser des „Handbuch für freiheitlicher Politik“, in dem u.a. ein Apartheidssystem in der Sozialpolitik gefordert wird, dass zwischen „autochtonen“, also nach rassistischen Kriterien eingeborenen Österreicher*innen und anderen, die diese „rassistischen“ Kriterien nicht erfüllen können, unterscheidet.

Am 04. Dezember 2016 erreichte Hofer knapp 47% der Stimmen, und die FPÖ belegte in allen Umfragen bei der Sonntagsfrage zur Nationalratswahl den ersten Platz mit über 30% der Stimmen. Diese Zahlen stehen für einen in der jüngeren Geschichte Österreichs beispiellosen Rechtsruck. Als die FPÖ 2000 in die Koalition mit der ÖVP zog, kam sie auf weniger Zustimmung – und es war die FPÖ Haiders, die diese Stimmen bekam, nicht die eines Strache. Dies macht einen bedeutenden Unterschied:

Freilich, Haider war nicht nur der Sympathieträger für Protestwähler*innen, zu dem ihn Medienberichte verharmlosten. Er war ein ideologisch überzeugter Rechtsextremist, der als Vertreter des deutschnationalen Burschenschaftsmilieus an die Spitze der FPÖ gehiebt wurde. Haiders Verdienst war die Integration rechtsextremer Ideologeme in den gesellschaftlichen Konsens und die Etablierung eines rassistischen Klimas, in dem der Ruf nach den Menschenrechten als Sicherheitsrisiko stigmatisiert wird.

Als nach seinem Tod aufgrund eines Vollrauschs im Straßenverkehr sich die gesamte Politik parteienübergreifend in Lobhudeleien erging, wurde erst das Maß an Normalität sichtbar, das neofaschistischer Politik anhaftet, und die bedingungslose Autoritätshörigkeit, mit der dieses Projekt eingefordert wird. Haider setzte die Ausrichtung der FPÖ als rechtsextreme Partei um und schuf erst die Voraussetzungen für den Aufstieg Straches. Doch es war Strache, der die Öffnung der Partei hin zur Neonazi-Szene vollzog.

Haider war zu einer pragmatischen Politik fähig, auch wenn sie in der Partei selbst unerwünscht war. Er nutzte die Demokratie, um patriarchale Klientelpolitik zu betreiben, Korruption zu decken, rassistische, repressive Gesetz durchzubringen, und seine Leute in einflussreiche Positionen zu bringen. Doch Strache und Hofer wollen mehr: Ihr Ziel ist unter einem Bundeskanzler Strache der Umbau Österreichs zu einem autoritären System. Die demokratische Verfassung wollen auch sie benutzen, aber nicht, um in ihrem Rahmen Politik zu betreiben – dies wäre nur ein erster Schritt - sondern um diesen Rahmen selbst zu verändern.

Rassistische, autoritäre Rebellion...

Schon unter Haider zog sich Rassismus als Hauptthema durch die Wahlkämpfe, woran Strache nur anknüpfen musste. Beide ließen dabei Opas Diktion von „Untermenschen“ und „Rassen“ hinter sich und zogen die Argumentationsmuster des Neorassismus vor, die seit

den 80er Jahren in die rechtsextreme Szene Einzug gehalten und mit ihrem Erfolg überzeugt hatten.

Der biologistische, offen eliminatorische Rassismus, der mit der Kategorie der „Rasse“ argumentiert, wurde dabei abgelöst durch einen modernisierten Diskurs, der sich auf scheinbar unverfängliche Begriffe stützt. Die neorassistische Argumentation verschiebt das Erklärungsparadigma vom stark auf somatische Charakteristika fixierten Begriff der „Rasse“ auf die Bezugspunkte Ethnie und Kultur oder Identität, d.h. von den äußeren, sichtbaren Merkmalen auf kulturalistisch definierte Ausgrenzungskriterien.

Kultur verdrängt „Rasse“ tendenziell als Kategorie des Rassismus und mutiert zugleich zum Synonym aller determinierenden Mythen und Grenzziehungen, die vormals als „rassische“ Zuschreibungen fungierten.

Das Ergebnis ist ein Rassismus ohne „Rassen“, der die Unvereinbarkeit zwischen der „eigenen“ und der „fremden“ Kultur als oberste Prämisse jedes politischen Handelns behauptet und das Überschreiten der Grenzen ausschließt, der die Rangordnung zwischen den völkischen Kollektiven ablehnt und stattdessen die für alle gleichermaßen existenzbedrohende Gefahr einer „Vermischung“ konstruiert.

Obwohl sich die neorassistische Ideologie als rein defensive Weltanschauung beschreibt, die lediglich die Bewahrung des biologisch und historisch Gewordenen anstrebt, betreiben ihre Vertreter*innen permanent eine aggressive Mobilisierung, indem sie Migration als „Überfremdung“, „Ethnosuizid“ oder „Völkermord“ bekämpfen.

Das Szenario einer drohenden Masseneinwanderung und Islamisierung erwies sich in Zusammenhang mit der weltpolitischen Entwicklung ab 2000 als wirkungsvoller Anknüpfungspunkt an die rassistischen Ressentiments der Mehrheitsgesellschaft. Der antimuslimische Rassismus, der durchaus mit Antisemitismus kompatibel ist, bildete einen gemeinsamen parteienübergreifenden Nenner. Schon vor der Flüchtlingsbewegung 2015 hatte die FPÖ mit aktiver Unterstützung des Boulevards und der politischen Mitbewerber*innen die Agitation gegen Migrant*innen und Geflüchtete in ein massentaugliches Format gebracht, das täglich über Print- und Onlinemedien verbreitet wird. Wie schon Haider präsentiert sich Strache als Kämpfer gegen eine Verschwörung des Establishments, gegen die Regierung, die EU, die – wahlweise durch die USA oder die Rothschilds unterstützte - „Asylindustrie“ und die „Lügenpresse“. Einfache Inhalte, eine emotionale Sprache und ein ständiger Wechsel zwischen Opferrolle und Angriff sind charakteristisch für ein Auftreten, das jede sachliche Diskussion systematisch verunmöglicht. Im Scheinwerferlicht der Medien und fest eingebunden in Koalitionen und Kooperationen beklagt die FPÖ eine angebliche Ausgrenzung, die nie stattgefunden hat.

2015: Nationaler Schulterschluss

Die Flüchtlingsbewegung bzw. der politische und gesellschaftliche Umgang, der von Verunsicherung, Inkompetenz und gezielter Panikmache geprägt war, verschaffte den Agitator*innen der extremen Rechten ein für ihre Mobilisierungen empfängliches Publikum. Neofaschistische Aktivist*innen erreichen damit einen Einfluss, der über ihren Sympathisant*innenkreis hinausging und ihnen die Vernetzung mit bisher unorganisierten Einzelpersonen ohne einschlägige politische Biographie ermöglichte.

Im Laufe des Jahres radikalisierte sich auch das freiheitliche Auftreten: In ihren Publikationen betrieb die FPÖ eine aggressive Stimmungsmache gegen Asylwerber*innen,

etwa als sie die Geflüchteten als „apokalyptisch anmutende[n] Menschenzug“, „verdreckte[n] Menschenzug“ und „Aufmarsch von Invasionskräften“ bezeichnete und ihnen die militärisch geplante „Okkupation fremden Territoriums“ unterstellte.¹ FPÖ-Politiker*innen nahmen an rechtsextremen Demonstrationen teil, peitschten in „Bürgerveranstaltungen“ und bei Stammtischen die Stimmung gegen die Geflüchteten auf und protestierten zusammen mit Neonazis vor geplanten Unterkünften für Asylwerber*innen.

Das Internet bot der extremen Rechten zusätzliche Möglichkeiten für die ideologische Mobilisierung und Rekrutierung. Über Facebook verbreitet die FPÖ gefälschte Meldungen und Zahlen, die sich rasend schnell verbreiten, tausendfach für bare Münze genommen werden und die erwünschten Hassexzesse auslösen. Richtigstellungen finden ihren Weg gar mehr nicht in diese Netzwerke, kommen zu spät, um noch eine Wirkung zu haben und werden immer öfter schlichtweg nicht geglaubt, da die FPÖ erfolgreich alle Medien, die Berichte noch kritisch überprüfen, als „Lügenpresse“ als Teil einer gegen die eigene Bevölkerung gerichteten Verschwörung denunziert hat.

Gezielt postet Strache Halb- und Unwahrheiten, auf die ein bereits aufgehetztes Publikum mit den erwarteten, sich gegenseitig aufstachelnden Aggressionen reagiert.

Der systematisch geschürte Hass entlädt sich in Gewaltphantasien und Vernichtungsdrohungen, in Wünschen, die NS-Vernichtungslager wieder zu eröffnen, in außer Rand und Band geratenen rassistischen Beschimpfungen und Mordgelüsten, die stunden- und tagelang geduldet werden, während Aufrufe zur Mäßigung sofort gelöscht werden.

Es ist eine gewalttätige, von Hasspredigen geprägte, fanatisierte und rationaler Argumentation oder Aufrufen zur Mäßigung unzugängliche Parallelgesellschaft, die die FPÖ im Netz aufgebaut hat – genau das, was Strache mit Vorliebe muslimischen Migrant*innen unterstellt. Virtuell und auf der Straße vollzog sich 2015 der Schulterschluss von Rechtsextremen und Neonazis als Sprachrohr und mit Zustimmung der vielzitierten „besorgten Bürger“.

Die extreme Rechte in ihrer Heterogenität begreift jedenfalls ihre Chance. Als der Smoothie-Hersteller Innocent auf Facebook ein Sujet gepostet hatte, das sich gegen Norbert Hofer richtete, drohte Sellner, Leiter der österreichischen „Identitären“ auf Facebook: „Die Lage in Österreich ändert sich und wir vergessen nichts.“ "Sie werden sich wundern, was alles gehen wird“, formulierte Hofer in einer Fernsehdiskussion am 21.4.2016.

Nazis samma net, aber...

Seitdem die Umfragen unaufhörlich einen kommenden Sieg der FPÖ bei den Nationalratswahlen ankündigen, spekulieren Meinungsforscher*innen, Autor*innen und Politiker*innen über die Ursachen dieser Entwicklung. Längst sind jene Stimmen verstummt, die 2000 der Meinung waren, mensch müsse die FPÖ nur „machen lassen“, dann würde sie sich selbst „entzaubern“.

„Entzaubert“ hat sich nur eins: der naive Glaube, dass die Wähler*innen der FPÖ es nicht so ernst meinen. Dieser Wähler ist zwar nach wie vor männlich, jung und hat einen Pflichtschul- oder Lehrabschluss, doch darüber hinaus ist die FPÖ auch in die Mittelschicht vorgedrungen, in die Stammwähler*innen von SPÖ und ÖVP.

¹ 1 Der Uhrturm 11 (2015).

Das Unbehagen, dass das kapitalistische System und die zunehmende asymmetrische Einkommens- und Wohlstandsverteilung schaffen, wird auf den Fremden projiziert.

Prekariisierung, wirtschaftliche Stagnation und Abstiegsängste machen die Ausgeliefertheit an Bedingungen bewusst, in denen das Versprechen eines selbstbestimmten, sorgenfreien Lebens nicht eingelöst wird. Für diese strukturell bedingten Ungerechtigkeiten und Ängste stellt die extreme Rechte ihre Deutungsmuster zur Verfügung, indem sie die „Anderen“ als Bedrohung definiert. Alternative Deutungsmuster werden entweder nicht formuliert oder erreichen aus den linken Nischen heraus nicht die Öffentlichkeit.

Dennoch: Gewählt wird die FPÖ nicht trotz, sondern wegen ihres Rassismus. Für 82% (in anderen Umfragen 69%) der freiheitlichen Wähler*innen war laut dem Meinungsforscher Peter Hayek das Flüchtlingsthema das Hauptmotiv. Der von links bis rechts gebetsmühlenartig wiederholte Formulierung, Straches Wähler*innen seien keine Nazis oder Rechtsextreme, ist selbstverständlich zuzustimmen – das gilt auch die Mehrheit der Ungar*innen oder der Befürworter*innen eines Erdogan. Aber die Sympathisant*innen der FPÖ sind auch nicht die harmlosen, lediglich besorgten Bürger*innen, die es nicht besser wissen, warum sie sich quasi in einem geistigen Black Out für die menschenfeindlichste Option im Parteienspektrum entschieden haben. Mit Strache wird der Rassismus bewusst gewählt, der Rest der rechtsextremen Ideologie zumindest in Kauf genommen. Das hierzulande herrschende autoritäre Klima schlug sich 2014 in einer Umfrage des SORA Instituts nieder, als sich 29% einen „starken Führer, der sich nicht um Wahlen und Parlament kümmern muss“ wünschten.

Die Politik von ÖVP und SPÖ schwankt zwischen Ablehnung und Anbiederung gegenüber der FPÖ und baut letztlich dieselben rassistischen Feindbilder auf. Schließlich stellt jede Umsetzung des Nationskonzepts bereits eine rassistische Ausschließung dar, da sie - selbst in ihrer demokratischen und liberalen Form - den Menschen, die als Ausländer*innen klassifiziert werden, Rechte entzieht, vom Recht auf Aufenthalt bis zu staatsbürgerlichen Rechten. Je mehr sich der Nationalstaat nicht als der Wohlfahrtsstaat, sondern als Instrument der Standortsicherung und Repression auftritt, desto öfter bedienen sich die Eliten eines nationalistischen, partiell rassistischen Diskurses, um einen gesellschaftlichen Konsens zu stiften, der in Zeiten verschärfter ökonomischer Konkurrenz und sozialer Deregulierungen bedingungslose Unterstützung für den eigenen politischen Kurs ermöglicht. Die staatliche Praxis gegenüber Migrant*innen, in denen sozialdemokratische und konservative Positionen weitgehend ununterscheidbar wurden, setzt Forderungen nach Migrationsstopp und Suspendierung des Asylrechts um, die jahrelang in den rechtsextremen Periodika vergeblich erhoben wurden. Die Äußerungen aus der extremen Rechten, sind, wenn überhaupt, nur noch eine Überspitzung konsensueller Annahmen.

Konsequenterweise setzte daher schon gegenüber der Politik Jörg Haiders eine Erosion der Abgrenzung ein, der gesamtgesellschaftliche Verlust eines Bewusstseins, wem mensch den Handschlag zu verweigern hat. Das Ende der Aufgeregtheit über die extreme Rechte bezeichnet die Normalität, die ihren Argumentationen heute anhaftet.

Es ist daher ein zentraler Irrtum, wenn die FPÖ als Partei am Rand der Gesellschaft wahrgenommen wird, nicht als Kraft der Mitte der Gesellschaft. Der Neofaschismus in Österreich artikuliert sich nicht als Extremismus, der von außen eine demokratische Mitte bedrängt, sondern als Radikalismus eben dieser Mitte.

Demokratisch ins autoritäre Regime

Die Gesellschaftsfähigkeit rechtsextremer Ideologeme stiftet den notwendigen Konsens, in dem sich die Erfolgsgeschichte des Rechtsextremismus als ein Weiterexistieren innerhalb des demokratischen Systems, unter Ausnutzung, nicht unter Bekämpfung seiner Möglichkeiten gestalten kann.

Demokratie muss dabei einerseits als ein Ensemble an formalen Spielregeln, andererseits als ein Wertekatalog aufgefasst werden, durch den bestimmte Menschen- und Grundrechte als Basis vorausgesetzt werden, die nicht mehr zur Disposition stehen. Dieses Regelwerk ist durchaus mit rechtsextremer Politik vereinbar, so es darüber einen Konsens der Mehrheit gibt, so dass es kein Widerspruch sein muss, als DemokratIn im formalen Sinn rechtsradikale Realpolitik - den Faschismus des Möglichen – zu verwirklichen.

Rassistische Artikulationen können in einem neuen Massenkonsens zwischen Repräsentierten und Repräsentierenden formuliert werden. Der Wertekatalog, d.h. die Menschen- und Grundrechte als minimale Schranken, mit denen die repressiven, rassistischen Maßnahmen eines jeden Nationalstaats begrenzt werden, kann in einem formaldemokratisch untadeligen Prozess jederzeit suspendiert werden: Verschärfte Ausschlussmechanismen von Migrant*innen, Notstandsverordnungen, repressive Gesetze, augenzwinkernde Duldung von extralegalen Aktionen, Einschränkungen der Pressefreiheit, Säuberung von Judikatur, Exekutive und ganzen Berufszweigen - alles dies ist möglich, wobei die Repräsentation und die Legalordnung als solche aufrecht bleiben.

Der heutige Neofaschismus beginnt als Mitspielen im demokratischen System und als Prozess der Delegitimierung unliebsamer demokratischer Institutionen.

Danach kann er jederzeit in ein autoritäres Repräsentationsmodell zwischen Exekutive und Volk unter Umgehung oder Schwächung des Parlaments übergehen, getragen von einem „gesunden Volksempfinden“, das nicht nach Befreiung verlangt, sondern nach dem Stiefel, der die noch Schwächeren tritt.

Dem scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der FPÖ an die Spitze des Staats steht ein hilfloser Antifaschismus gegenüber: Ob KPÖ oder Grüne - sie nennen die FPÖ nicht rechtsextrem, um die Wähler*innen nicht zu verärgern. Während auf der Straße die Neonazis aufmarschieren, feiern sie an der Uni oder im Kulturhaus interkulturelle Feste, um die Konfrontation draußen zu vermeiden. Sie alle arbeiten mit der FPÖ zusammen, bieten ihnen ein Podium und lassen sich auf parlamentarische Kooperationen ein, um nicht als undemokratisch zu gelten. Die gegenwärtige Lage erklären staatstragende Dispositive und Verfassungsschutzberichte, welche die reale Verankerung des Rechtsextremismus im Normalzustand verleugnen. Wenn der nächste Bio-Wellness-Wahlkampf Stimmen dazugewonnen hat, bricht Jubel aus und nährt die fatale Illusion, mit ein paar gewonnenen Prozent die schlimmste aller Niederlagen zu vermeiden, nämlich die Transformation Österreichs in ein autoritäres Modell unter freiheitlicher Führung.

Was es braucht, wäre eine gesellschaftliche Kraft, die in der Lage ist, sich dem neofaschistischen Projekt entgegenzustellen, indem sie einen selbstbewussten Antifaschismus umsetzt und die Perspektive eines besseren Lebens für alle verkörpert, die Verteilungsgerechtigkeit erfordert und ein alternatives WIR quer zu den Ethnisierungen aufbaut. Doch die Zeit dafür könnte in Österreich bald schon abgelaufen sein.

Infobox: Ines Aftenberger forscht unter anderem zur Entstehung der “Neuen Rechten” und deren Diskursstrategie eines “Rassismus ohne Rassen”. Ihre Schwerpunkt sind österreichischer Rechtsextremismus und Ideologien der “Neuen Rechten”. Zuletzt hielt sie

für die Jungen Grünen auf dem Bundeskongress 2014 einen Workshop zum Thema
“Diskursstrategien des Rechtsextremismus”

Buchtip:

Ines Aftenberger: Die Neue Rechte und der Neorassismus

Verlag: Grazer Universitätsverlag; Juni 2007, 280 Seiten

ISBN: 978-3701100880

Dieses Buch verfolgt die ideologische Entwicklung sowie die politischen Konzepte des sehr heterogenen Netzwerks, das unter dem Begriff „Neue Rechte“ in den 70er und 80er Jahren als eine moderne Fraktion innerhalb des Rechtsextremismus an die Öffentlichkeit trat.